

Stadtrandsiedelungen in Biel

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **17 (1942)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101432>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In bezug auf die *Siedelungsbauten* erklärt Herr *Jaquet*, Präsident der Genossenschaft «Coin de terre» in Genf, daß das vom Referenten skizzierte Programm von der genannten Genossenschaft vollständig realisiert worden sei. Die finanzielle Frage dürfe nicht allein entscheidend sein. Es wäre verfehlt, die Subventionen als Basis der Aktion zu betrachten. Die «Coin de terre» habe auch das Landarbeiterproblem studiert, konnte aber wegen Ausbruchs des Krieges nicht an die Ausführung herangehen.

Herr *Reinhard*, städtischer Baudirektor in Bern gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß heute von seiten der Architekten solche Gedanken kommen, wie sie der Referent geäußert habe. Der Anteil der gemeinnützigen Baugenossenschaften am schweizerischen Bauvolumen sei seit 1926 von etwa 25 Prozent innert 13 Jahren auf etwa 6 Prozent gesunken. Seit jenem Zeitpunkt müsse ein verständnisloses *Überborden des spekulativen Wohnungsbaues* konstatiert werden. Nicht die Fragestellung, wie hoch ist die Rendite für das Finanzkapital hat für uns Gültigkeit, sondern die Frage, wie hoch ist die Rendite für die schweizerische Volkswirtschaft. Für die Bau- und Wohngenossenschaften entsteht heute eine ganz neue Frage, wie kann die Bauteuerung von 40 Prozent weggebracht werden. Nach Ansicht von Herrn *Reinhard* sollte die Hälfte der Baukosten durch Subventionen von Bund, Kantonen und Gemeinden aufgebracht werden, während für die andere Hälfte die Genossenschaften versuchen sollten, genügend billiges Kapital zur Verfügung gestellt zu erhalten. Ein weiteres Moment ist nicht außer acht zu lassen, Verbilligung und Vereinfachung in der Konstruktion, wichtig sind genügend gesunde Wohnungen. Der tiefe Wohnungsstandard auf dem Lande drückt immer wieder auf den Wohnungsstandard in der Stadt. Wenn es

nicht gelingt, diese Unterschiede wegzubringen, so werden unsere Genossenschaften schwer zu kämpfen haben. Das Hauptgewicht im Bauen liegt auf den Baugenossenschaften, denn die Gemeinden sind von der Subventionierung ausgeschlossen. Die Genossenschaften sollen nicht nur bauen, sondern die Häuser auch behalten und verwalten. Mit dem Übergang als Besitz an die Mieter habe man keine guten Erfahrungen gemacht. Eine Sanierung der Proletarierquartiere in den Städten ist ohne grundlegende Änderung im öffentlichen Leben nicht möglich. Unsere Aufgabe ist, zum sozialen Wohnungsbau überzugehen.

Herr *Stadtrat Frey*, Winterthur, kennzeichnet die Lage im *Kleinwohnungs- und Siedelungsbau* in Winterthur. Die Grundlage für die Siedelungen biete der Landerwerb durch die Gemeinden. Es müssen auch andere Fragen in Erwägung gezogen werden, Beteiligung der Gemeinden durch A-fonds-perdu-Beiträge in Form von Hypotheken, Ausgleichsteuer zwischen alten und neuen Wohnungen, Einkommensgrenzen usw.

Nach Ansicht von Herrn *Architekt Lanz*, Biel, kann das *Landarbeiterproblem* nicht nach den Ideen von Herrn *Dr. Gysin* gelöst werden. Im Kanton Bern studiere eine besondere Kommission nicht nur das Wohnproblem, sondern auch das Lohnproblem, welches letzteres noch viel schwieriger ist, weil die Gemeinden hierfür wenig Verständnis aufbringen.

Im Schlußwort äußert sich der Referent kurz zu den gefallenen Voten und erklärt zusammenfassend, er habe einen Blumenstrauß von Ideen unter die Delegierten geworfen, denn in der heutigen Zeit sei der *ideologische Appell* nicht unwichtig und vielleicht die Basis für die notwendigen Realisierungsbestrebungen.

Mit einem Dankeswort an Herrn *Architekt Baur* schließt der Präsident um 11.30 Uhr die diesjährige Tagung.

H. N.

WOHNUNGSBAU DRINGLICH

Stadtrandsiedelungen in Biel

Dem sich immer fühlbarer auswirkenden Wohnungsmangel soll durch eine soeben ins Leben gerufene Aktion zur Erstellung von Eigenheimen an der Peripherie der Stadt abgeholfen werden. Die Siedelungen, vorzugsweise Riegbauten, sind in erster Linie für wenig kapitalkräftige Arbeiter und Angestellte vorgesehen. Die projektierten Siedelungshäuser weisen neben Küche, Waschküche und Keller fünf Wohn- und Schlafräume auf, so daß dem Verlangen nach Wohnungen für kinderreiche Familien in hohem Maße nachgekommen wird. Da zu jedem

Haus rund 800 Quadratmeter Land gehören, können sich auch diese Familien selber mit Kartoffeln und Gemüse versorgen. Bei einer Einlage von 1000 Franken hat der Bewohner oder Besitzer eines Siedelungshauses einen bescheidenen monatlichen Mietzins zu entrichten. — Zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in Biel ist übrigens kürzlich ein Wohnungsamt geschaffen worden, dessen Aufgabe in der Vermittlung der bei ihm angemeldeten Leerwohnungen besteht.

Ein Büro für Bauwirtschaft beim KIAA.

Um die Arbeit auf dem Gebiete der Zuteilung von Baumaterial noch besser zu koordinieren, ist im Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamt ein besonderes Büro für Bauwirtschaft geschaffen worden.

Es umfaßt alle diejenigen Dienste der beteiligten Sektionen, die sich bis jetzt mit der Bewilligung von Baueisen und Zement zu befassen hatten, und wird geleitet von Architekt R. von Sinner, dipl. Ing., Bern. Alle Gesuche um Zuteilung der genannten Materialien sind inskünftig direkt an dieses «Büro für Bauwirtschaft des Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes» zu richten (Bern, Schwarztorstraße 71a, Tel. 2 55 31).

Kleinere Zuteilungen nimmt das Büro selber vor. Alle übrigen Fälle unterbreitet es mit seinem Antrag der Baukom-

mission des Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes, die nach den Weisungen der Amtsleitung arbeitet, welcher insbesondere auch die Zuteilung an ganze Verbraucherkategorien sowie die Aufstellung der allgemeinen Richtlinien für die Bewirtschaftung der Baumaterialien obliegt. Der Kommission gehören an die Chefs der beteiligten Sektionen und des Büros für Bauwirtschaft des Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes, der Beauftragte für Mehranbau, der Delegierte für Arbeitsbeschaffung und der Geniechef der Armee. Die Kommission tritt mindestens einmal wöchentlich zusammen. Die Entscheide werden durch das Büro für Bauwirtschaft eröffnet, das gleichzeitig die Geschäftsstelle der Baukommission bildet.